

Wirtschaftliche Notizen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): - **(1927)**

Heft 6

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftliche Notizen

OSTEUROPA

In den letzten Wochen häuften sich die Nachrichten über Anleihenswünsche der durch den Krieg neu geschaffenen oder stark vergrößerten Staaten des europäischen Ostens. So hat Jugoslawien vor wenigen Tagen eine größere Anleihe in New York aufgenommen. Fast gleichzeitig trat daselbst die Serbische Staatshypothekenbank als Geldsucherin auf den Plan. Beide Anleihen sollen dazu dienen, die würgende Geldknappheit zu lindern, welche die Rückkehr zu einer gesunden Finanzpolitik und die damit verbundenen Deflationserscheinungen im Gefolge gehabt haben. Während die Gelder, welche die Staatshypothekenbank im Auslande aufnimmt, vor allem der Industrie und der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollen, ist das von der serbischen Regierung in den Vereinigten Staaten untergebrachte Anleihen für die Finanzierung des Ausbaus der Verkehrswege bestimmt, wobei vor allem die seit Jahren geplante direkte Bahnverbindung zwischen Alt-Serbien und den Adria-Häfen endlich verwirklicht werden soll.

Weniger Glück hatte bisher Polen mit seinen Bestrebungen, den Kredit des New Yorker Kapitalmarktes in Anspruch zu nehmen. Die Berichte des amerikanischen Finanzexperten Kemmerer, der von der polnischen Regierung nach Warschau berufen worden war, um die dortigen Finanzverhältnisse einem gründlichen Studium zu unterziehen und über das Resultat seiner Untersuchungen ein Gutachten nebst Sanierungsvorschlägen einzureichen, lauten recht wenig zuversichtlich. Es besteht daher für das amerikanische Kapital nur ein geringer Anreiz, sich in Polen zu engagieren. Es werden ganz besondere Sicherheiten verlangt, die gewisse Ähnlichkeiten aufweisen mit den Bedingungen, welche Deutschland für die Gewährung des Dawes-Anleihens auferlegt wurden. Aber gerade an diesen Sicherheiten, viel mehr als an drückenden Bedingungen rein finanzieller Natur (Zinsfuß, Übernahmekurs), stößt sich der polnische Nationalstolz, so dass es noch fraglich ist, ob das Anleihen zustande kommen wird. Dessen Erlös wäre in erster Linie für die endgültige Stabilisierung des Zloti-Kurses bestimmt, indirekt aber käme es der gesamten polnischen Volkswirtschaft zugute; denn Handel, Industrie und Landwirtschaft werden erst dann international kreditwürdig, wenn einmal die Währung wieder mit dem Golde verankert ist. Das deutsche Beispiel hat gezeigt, dass, sobald die Valuta stabilisiert ist, die Befruchtung der einheimischen Wirtschaft durch ausländisches Kapital keine Schwierigkeiten mehr bietet.

Etwas anders liegen die Dinge in Rumänien, das ebenfalls seit Monaten versucht, ein Auslandsanleihen unterzubringen. Hier liegen die Schwierigkeiten nicht so sehr in den zu gewährenden Sicherheiten – die Regierung soll bereit sein, in dieser Beziehung den Wünschen der Geldgeber in weitgehendem Maße entgegenzukommen – als in der Tatsache, dass der größere Teil des zur Emission gelangenden Betrages nicht dazu dienen soll, im Gläubigerlande

zur Finanzierung von Bestellungen, Materiallieferungen usw. verausgabt zu werden und überhaupt nicht für produktive Zwecke bestimmt ist, sondern zur Abtragung von bestehenden finanziellen Verpflichtungen. Rumänien benötigt jährlich etwa 100 Millionen Goldfranken zur Bestreitung des Zinsendienstes auf seiner äußern Schuld. Zur Beschaffung der dazu notwendigen Devisen stehen ihm, außer allfälligen Kapitalimporten, ausschließlich die Überschüsse seiner Handelsbilanz zur Verfügung, da ihm keine Erträge aus ausländischen Beteiligungen zufließen. Für den Export kommen hauptsächlich Petroleum und Getreide in Betracht, wobei der Preisrückgang, den diese Artikel auf dem Weltmarkte erlitten haben, auf die rumänische Ausfuhr höchst ungünstig eingewirkt hat. Die Lage wurde noch verschärft durch die gleichzeitige Revalorisierung der einheimischen Valuta. So weist das erste Quartal des laufenden Jahres, trotz der außergewöhnlich günstigen Wasserhältnisse auf der Donau, die in andern Jahren um diese Zeit für die Schifffahrt meist gesperrt war, keinen Ausfuhrüberschuss auf, sondern ein Passivum von rund einer Viertelmilliarde Lei (ca. 7½ Millionen Goldfranken). Zur Deckung dieses Defizites, sowie zur Verzinsung seiner äußern Schuld, ist somit Rumänien unbedingt auf auswärtige Kredite angewiesen. Daher seine bisher allerdings vergeblichen Bemühungen in London und New York.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt „Philosophie und Leben“ des Verlages Felix Meiner in Leipzig bei, den wir Ihrer Beachtung empfehlen.